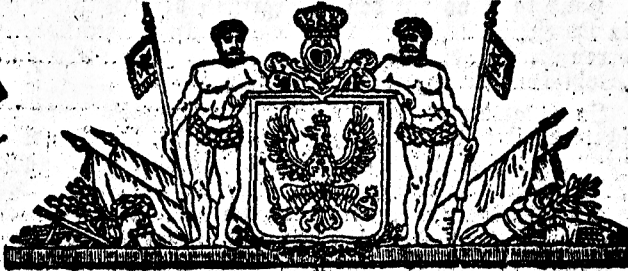


Volksische



Zeitung

Begründet

1704

80 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

In Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion
(Mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprach-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800
11 801, 11 802 bis 11 852 sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 288

Die angebliche Lüttwicz-Verhaftung.

Die Gefahr in Pommern.

Das Wolffsche Telegraphen-Büro hatte in den Vormittagsstunden folgende Meldung verbreitet:

Durch umfangreiche Ueberwachungen der Giltler in der Provinz Pommern ist es heute vormittag in Sorst gescheit, des Generals Lüttwicz sowie des Majors Bischoffhaft zu werden. In Stolpmünde konnte ein Propagandabüro der Baltikumtruppen ausgehoben werden. Sämtliche Verhaftungen wurden unter starker Bedeckung nach Stettin gebracht.

Die Nachricht, die in der „B. Z. am Mittag“ erschien, erregte naturgemäß in Berlin großes Aufsehen. Sie wurde auch in die Provinz weitergegeben und ist zweifellos auch in den heutigen Abendblättern der süddeutschen Zeitungen enthalten. Denn diese konnten nicht mehr rechtzeitig unterrichtet werden, daß es sich um eine Falschmeldung, um eine grobe Irreführung des Wolffschen Telegraphenbüros handelte. Ueber die Entstehung dieser Mystifikation wird von unterrichteter Seite gemeldet:

Das halbanthliche Depeschbüro wurde am frühen Vormittag angerufen, angeblich von einem Beamten der Pressestelle der Reichsregierung, der auch seinen Namen nannte und zur schleunigen Verbreitung an die Presse durch den Draht wie durch Fernrohr, insbesondere aber noch rechtzeitig für die „B. Z.“ telephonisch die Mitteilung von der Verhaftung der beiden Offiziere gab. Das Wolffsche Büro hat tatsächlich diese Meldung sofort weitergegeben, jedoch ohne sich durch eine nochmalige Rückfrage bei der Reichsregierung oder dem zuständigen Staatskommissariat für die öffentliche Ordnung über die Richtigkeit der Meldung zu unterrichten.

Man hat die Absicht, die mit der Verhaftung der beiden Offiziere verbunden war, im Augenblick aus Vermutungen zu erraten. Vielleicht handelt es sich um einen Versuch von Helfershelfern des Putzsch, die Spur der revolutionären Kämpfer durch Conzentration falscher Meldungen zu verwirren. Dort ist ein kleiner Ort im Kreise Grimmen, unweit Greifswald, wo die beiden Offiziere in den letzten Tagen angeblich wiederholt gesehen wurden. Andere Vermutungen gehen dahin, es handle sich um „das Signal“ für den neuen Putzsch.

Die Rolle, die General v. Lüttwicz in den Kapp-Tagen gespielt hat, ist bekannt. Vielleicht ist aber für die Sicherheit der Republik Major Bischoff noch gefährlicher. Dieser energische Soldat war der Befehlshaber der sogenannten Eisernen Division, einer Truppe, die ursprünglich gebildet wurde, um den Rückzug aus dem Baltikum gegen die nachdringenden Bolschewisten zu sichern, und später den Kern der sogenannten Baltikumtruppen bildete. Diese Truppen sind bekanntlich aufgelöst worden. Ueber von der Eisernen Division geht es fest, daß sie im Zusammenhang mit dem Putzsch wieder aufgestellt wurde.

Die wirtschaftliche Schwierigkeit, in die zahlreiche ehemalige Angehörige des Heeres geraten sind, und zu geraten drohen, bildet die tiefere Ursache der andauernden Unruhe. Dazu kommt die Befürchtung, daß die Verfolgung des Kapp-Putzsch weitere Kreise ziehen könne. Die „Freiheit“ sagt in dieser Beziehung:

Die Schwärzungsaktion wird, wenn sie ernsthaft durchgeführt wird, laufende aus ihren Stellungen werden. Es droht nicht nur die Herstellung des ganzen Verbandsnetzes, es droht für jeden einzelnen die Gefahr an Gut, Freiheit und Leben. Auf dieser Basis der Verunsicherung, die durch die umfangreichen Verfolgungen nicht genug ist, um große Massen hinter sich zu haben, ist der Aufbau eines neuen Putzsch nur allzu leicht.

Wir haben im heutigen Morgenblatt auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht, und es ist bemerkenswert, daß auch die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, die Nachrichten von einer neuen Putzsch seien keineswegs grundlos. Das Blatt bestätigt, daß es sich um keine Kreise handelt, die von dem Gedanken eines nationalen Bolschewismus befangen sind, und offenbar auch Verbindungen mit Teilen der „B. Z.“ aufzuweisen haben. Gegen diese Putzschisten hat, wie bereits erwähnt, die Deutschnationale Volkspartei eine entschiedene Erklärung erlassen, die folgenden Wortlaut hat:

Sowohl in Mitteilungen, die von der Regierung ausgehen, wie auch von anderen Seiten wird die dringende Verklärung gefordert, daß neue Putzsch geplant seien. Dabei verläutet auch von den Verfechtern kommunistischer Elemente. Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei verweist erneut auf den verfassungsmäßigen Standpunkt der Partei, die jede verfassungswidrige Handlung unbedingt verurteilt. Neue Umsturzversuche würden unabsehbares Unheil über Deutschland bringen. Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei erwartet von ihren Parteifreunden im Lande, daß sie, wo immer sie von solchen Plänen Kenntnis erhalten sollten, diesen mit aller Entschiedenheit entgegenwirken. Wer sich an verfassungswidrigen Unternehmungen beteiligt, für den ist in der Deutschnationalen Volkspartei kein Platz.

Die „Deutsche Tageszeitung“ zieht aus dieser Lage den Schluß, daß die Wahlparole, der Feind stehe rechts, eine demagogische Unwahrheit sei. „Der Feind“, so schließt sie, „steht überall da, wo neue Unordnung und Demagogentum die friedliche Entwicklung und Bestimmung des Volks gefährden, wo es sich um um Regierungslosigkeit gegen links oder um unchristliche Kommunismuslosigkeiten handelt.“ Die „Deutsche Tageszeitung“ sieht sich dem Urteilen, als handele es sich bei den

Nachrichten aus Pommern um eine übertriebene Nervosität. Das selbe Verfahren wurde vor dem 13. März eingeschlagen. Auch die „Freiheit“ stellt sich skeptisch, bemerkt aber weiter wachsam:

Sollten aber in der Tat Desperados und unpolitische Köpfe sich mit Umsturzplänen tragen, so können wir sie nur danbar warnen. Unser Vaterland bedarf der Ruhe und es ist jetzt Pflicht jedes einzelnen, seinem Unmut und seiner Bergeisterung über die jetzigen Zustände die geschäftigen Schranken aufzuerlegen. Jeder, der von diesem Wege abweicht, leistet den bolschewistischen Plänen des Radikalsus Vorhub.

Die Sicherheitsmaßnahmen.

Das Regierungsziel, dessen Abwertung in den Vormittagsstunden ein gewisses Aufsehen erregte, ist bereits vor 12 Uhr wieder freigegeben worden. Von zuständiger amtlicher Seite wird erklärt, daß man die Lage durchaus zurechtzulegen beabsichtigt und von dem Vorturf der Deutschnationalen Volkspartei eine günstige Wirkung erwartet. Weiter wird erklärt, die Sicherheitspolizei sei gerade in den letzten Tagen weiter ausgebaut worden, und der sehr energische neue preussische Ministerpräsident habe in Verbindung mit dem Ministerium des Innern alle Maßnahmen getroffen, die nach menschlicher Voraussicht genügen werden, jede neue Erhebung zu unterdrücken und die Sicherheitspolizei zu einem zuverlässigen Instrument in der Hand der Regierung zu machen. Unter anderem seien noch heute zwanzig Beamte der Berliner Sicherheitspolizei im Untermoffiziersrang zu Beamten im Offiziersrang ernannt worden. Auch sonst sei alles geschehen, um die Sicherheitsmaßnahmen auch innerlich fest zu verankern.

Was die Lage in Pommern anlangt, so wird behauptet, daß die Lüttwicz in Greifswald oder in Stralsund oder Ueckermünde in Pommern eingekerkert, und bereits wird die Nachricht (die von der „Freiheit“ heute früh noch einmal wiederholt) daß Major Bischoff in Pommern gefangen oder doch in der Gegend gefangen worden sei, nicht für glaubwürdig gehalten. Man ist bei den hiesigen amtlichen Stellen überzeugt, daß die Falschmeldung unbedingt ausgeföhrt worden wäre, wenn Lüttwicz oder Bischoff irgendwo öffentlich gesehen hätten. Auf Grund der beim Staatskommissariat für die öffentliche Ordnung zusammenlaufenden Meldungen wird versichert, daß in Pommern im Augenblick nichts gefahrdrohend erscheint.

General v. Oibershausen, Stabschef des Reichswehrgruppenkommandos Berlin, hat sich heute nach Stettin begeben, um dort persönlich Ermittlungen über die Bildung irregulärer Formationen und die militärischen Zustände überhaupt anzustellen und alle erforderlichen Sicherungsmaßnahmen zu treffen und zu überwachen.

Von Eingekerkerten aus Pommern sei mitgeteilt:

Der Oberpräsident in Stettin berichtet, daß gestern in Stangsdorf ein Debestmann, ein Leutnant und fünfzehn Mann von den ehemaligen Baltikumtruppen verhaftet worden sind. Die Offiziere hatten ihre Karabiner, die Mannschaften drei Karabiner, sechs Pistolen, sechs Handgranaten und erhebliche Vorräte von Munition bei sich. Sie gehörten zu einer 180 Mann starken Abteilung, die in Prengeln aufgelöst worden war. Inzwischen ist festgestellt, daß tatsächlich zahlreiche ehemalige Baltikumer sich unter Umgehung der Reichsarbeitsstelle, sei es in Arbeitsgemeinschaften oder auch einzeln, auf einzelnen Gütern der Provinz Pommern als Landarbeiter verdingt haben. In Radow bei Stettin ist vor einigen Tagen eine freiwilligen-Abteilung in Stärke von 100 Mann, größtenteils Greifswalder Studenten, aufgestellt worden und nach Greifswald abgerückt. Eine zweite, gleich starke Abteilung mit zwei Maschinengewehren und 70 Gewehren ist gestern ebenfalls aufgestellt. Diese freiwilligen-Abteilungen stehen unter dem Kommando eines Hauptmanns Gunde, der angeblich die Aufgabe hat, ein stützendes Korps in Stärke eines Bataillons zusammenzustellen. Die im Kreise Radow ebenfalls auf den Gütern untergebrachten Baltikum-soldaten sollen nur gering an Zahl an.

Was die amtlichen Nachrichten aus Schlesien und Preußen lauten heute beruhigend. Beim Generalkommando in Breslau waren die Untersuchungsarbeiten gegen zwei an der Kapp-Verständigung beteiligte Offiziere verhandelt. Die Urteile sind aber inzwischen wiedergefunden worden.

Es ist dieser amtlichen Demontis mehrten sich im übrigen die Nachrichten über allerlei behrohlliche und geheimnisvolle Bewegungen. Es ist Tatsache, daß in Berlin sowohl am Bahnhof Zoologischer Garten wie auf dem Anhalter Bahnhof in aller Öffentlichkeit neue Werbehüros für Freiwillige etabliert worden sind, von denen die zuständigen militärischen Stellen, insbesondere auch das Reichswehrministerium, nichts wußten. Genau so wenig wußte bis heute mittag wenigstens das Reichswehrministerium von ähnlichen Werbestellen, die z. B. in Goslar in Tätigkeit sind. Nach einem anderen Gerücht soll fast das gesamte Offizierskorps des Jägerregiments Nr. 5 aus Girschberg (Schlesien) in Berlin versammelt sein, um an bestimmten Stellen auf Befehl zu warten. Ebenso soll das Munitionslager seit gestern als Sammelplatz für vertriebenen und neuerdings gemobilisierte Offiziere bestimmt sein, die dort auf „das Signal“ warten.

Das Wolffsche Büro teilt mit, es habe eine gerichtliche Untersuchung der Falschmeldung über Lüttwicz beantragt und so gleich alle Maßnahmen getroffen, die geeignet seien, die Feststellung des Unheils der Falschmeldung zu beschleunigen.

Hessen.

Von

Justizrat Grimwald, Wiesbaden,
Mitglied der Nationalversammlung.

Ich rede von dem ehemals großherzoglich Hessens, dem jetzigen Freistaat, von dem Lande, von dem es in dem alten Kommerzial heißt:

Nach dem Großherzogtum, Hessen mücht ich meine Schritte messen, wo der Darmstrom ist dünt enorm, wo der Ruckermantel als Säer, Hüftus und Schornst pinfener sich erhebt in Harmonie.

Erinnerungen an die Zeiten russischer Freundschaft und Verwandtschaft, die einerseits manches Wertvolle, wie die Reformierung der Beamten —, auch die Lehrer trugen Dreiwäcker und Deagen — brachte, andererseits dem Lande bei der Annahme seiner Selbstständigkeit rettete, aber doch die Provinz Oberhessen vor der Annexion durch Preußen bewahrte, die freilich jetzt isoliert dastet, vom preussischen Territorium umgeben, und sich danach sehrt, mit den anderen Provinzen und mit Hessen-Kassel und Belar in ein „Groß-Hessen“ vereinigt zu werden. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit, wenn man sich den Bahnstuf, die Eisenbahnerhältnisse und die mangelhafte Verbindung mit dem an Wäldern und Bodenschätzen reichen Hinterland, dem Reichs-Biederloß, vergegenwärtigt.

Nach lasse mir das Hessenvolk nicht schelten, ein ternies Volk, beneidlicher in seinen süblichen Teilen, Verastrafte, Obenwoh, Rodqan, also der Provinz Starenburg, ernster und unruhighaltender in Oberhessen mit der fruchtbaren Wetterou und dem rauhen Vogelsgebirge.

Aber ich soll berichten über die politische Entwicklung in diesem Hessenlande, über den Einbruch der Ereignisse etwa bei der Revolution. Da muß man zunächst das eine belegen, daß in keinem der hessischen Länder ist solche Ordnung und ungestörte Ruhe geblieben wie in Hessen. Selbst in Offenbach, dem Staat der Arbeit und der Arbeiter, hat nur aus vorübergehend stärkere Beunruhigung herrscht. Die Regierung, von dem energischen und das Vertrauen der Bevölkerung anerkennenden Präsidenten mit tüchtigen Ministern geführt, hat es verstanden, die Fortentwicklung des Landes zu fördern. Selbstverständlich sind es auch viele Kreise, die die gegenwärtigen Verhältnisse als eine „Epilode“ ansehen und als solche wieder verschwinden sehen möchten: Beamte, Lehrer der höheren Schulen und Hochschulen, Tolocant genug und vom Standpunkt der Befestigung der Republik vielleischt zu tolerant, hat man bis jetzt keinem Beamten, der der Deutschnationalen oder der Deutschnationalen Volkspartei angehört, die beide die Wiederkehr der Monarchie anstreben, vertehrt, im Amte zu bleiben und seine politische Gesinnung zu beibehalten. In den Schulen freilich geht es manchmal arg los: Kaisergeburtstagsfestern mit Salutschüssen und Stränkchen, unfreundliche Neben gegen die Demokratie, antisemitische Überarbeiten — man legt diesen Dingen nicht viel Wert bei. Auch und ungeführt wohnt der ehemalige Großherzog in seinem Darmstädter Schloß.

Am Wahlkampf wird viel Aufklärung notwendig sein; der Kampf gegen die Dummheit mag vernachlässigt sein, aber gegen die Dummheiten und Irreführungen, mit denen die Gegner der republikanischen Staatsform vorgehen, muß der Kampf mit aller Kraft aufgenommen werden. Bis vor kurzem allerdings hätte man verhoffen können. So einseitig verfallen sind gerade abildete Kreise der Erkenntnis, wie und unter welcher Ausfalligkeit sich die Verhältnisse entwickelt haben. Daß die Revolution „gemacht“ sei, daß die Sozialdemokratie sie gemacht habe, daß sie zum Verlust des Friedens und zum Zusammenbruch geführt habe, daß die Sozialdemokratie schuld an den Wirnissen im Innern, daß die Wehrheitsparteien den Friedenstraktat hätten ablehnen sollen und können, daß die Nationalversammlung nichts leiste, daß die demokratische Partei hinter der Sozialdemokratie herlaufe, daß die Regierung und die parlamentarische Mehrheit an der Feuerma, an den hohen Bönen, an der Arbeitsscheu schuld seien, daß die Regierung zu schwach und ungeschickt sei, den Radikalen nicht energisch genug entgegenzutreten, daß das Betriebsrätegesetz hätte abgelehnt werden können, daß die Regierung aus Juden bestehe — diese Sätze, deren jeder für sich einen Mann auch nur an der primitivsten Einflucht und Ueberlegung enthält, konnte man von vielen „Gebildeten“ ausprechen hören. Reifolge der Ereignisse, Ursachen und Wirkungen, Mögliches und Erreichbares, es wurde nicht unterschieden. Früher war's doch schöner, da hat das Volk sich Pfennige gelostet, es war Ordnung auf den Eisenbahnen, der Bohn für ein Dienstmädchen betrug 20 oder 30 M.

Die rechtsparteiliche Presse hat zur Aufklärung nichts getan, sie hat mit Vergnügen die Dummheit vor ihren Wagen gespannt. Zu belenzen, daß die Revolution nicht „gemacht“ ist, sondern ein Zusammenbruch, ein widerstandseloses Umstürzen der alten Gewalten, begleitet von der Bundesflucht der Monarchen, gewesen ist, daß die Seeresleitung der Ruff verlor hatte und — vielleicht vorzeitig — den Waffenstillstand veranlaßte, daß die Sozialdemokratie das Verbleiben der alten Natur der Radikalen verhäßt und die Umbildung verfassungsmäßiger Zustände in die Wege geleitet, zunächst wenigstens Chass und Anarchie abzuwenden zu haben, daß das Verhalten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht mehr das frühere bleiben konnte, sondern ein sozialer Ausgleich eufzuwachen müßte, daß keine Regierung andere Geldverhältnisse herbeizubringen kann, daß die Regierung nicht von Juden getrieben ist — dies alles sind taube Ohren.

Sich täusche mich aber nicht, wenn ich erweilung sich dem Lande, oder dem Lande zu wünschen zu können meine.